Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,20 Mk., bei Postbestellung 1 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 277. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag, 29. November 1925

Schwierigkeiten und Erschütterungen

Zwischen Lipp' und Kelchesrand, zwischen der Paraphierung von Locarno und der Unterzeichnung in London, hat sich nun auch in Frankreich noch ein unvorhergesehenes Hindernis eingeschoben. Herr Painlevé mußte, um einer Stimme willen, die ihm bei einer Einzelentscheidung über seine Finanzgesetze zur Mehrheit gerade fehlte, mitsamt seinen Ministerkollegen demissionieren, und noch kann man nicht absehen, ob Herr Briand in der Lage sein wird, am 1. Dezember in der britischen Reichshauptstadt zu erscheinen, um auch seinen Namen unter das große Friedenswerk zu setzen. Allgemein gilt es zwar als selbstverständlich, daß er, wer auch immer die Bildung einer neuen Regierung schließlich zustande bringen sollte, an der Spitze der auswärtigen Geschäfte der Republik verbleiben wird, aber immerhin muß man doch schon sagen, daß das Vertrauen zur Stabilisierung der französischen Politik durch die krisenhaften Vorgänge der letzten Tage nichts weniger als befestigt worden ist.

Merkwürdig, wie sich die gleichen oder doch so außerordentlich ähnlichen Zeiterscheinungen des öfteren in den verschiedensten Ländern an der steigenden oder fallenden Fiebertemperatur des Volkes ablesen lassen. Bei uns, in Deutschland, scheint, obenhin gesehen, im Augenblick alles Denken und Empfinden auf Locarno gerichtet zu sein, und wer die Frage prüft, welche Wege für eine Neuregelung der politischen Machtverhältnisse offenstehen, wenn unmittelbar nach der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes der Reichskanzler Dr. Luther mit den ihm noch verbliebenen Reichsministern zurücktritt, der denkt dabei ausschließlich an die Fragen der auswärtigen Politik und an die Haltung, die ihnen gegenüber von den verschiedenen Parteien eingenommen wird. Dabei wird sich, wenn wir erst soweit sind, sehr bald zeigen, daß die wirtschaftliche und die soziale Orientierung der bisherigen Regierungs- wie der bisherigen Oppositionsparteien bei der Kabinettsbildung im Dezember eine sehr wesentliche Rolle zu spielen haben wird.

Die Sozialdemokraten wenigstens lassen jetzt schon keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Welt für sie mit Locarno noch lange nicht geschlossen ist. Sie haben sich zwar für eine bedingungslose Annahme der Verträge zur Verfügung gestellt, aber danach wollen sie offensichtlich mit Forderungen aufmarschieren, denen die Locarno-freundlichen Mittelparteien schwerlich ohne weiteres werden zustimmen können. Die verzweifelte Wirtschaftslage, in der wir uns befinden, will die Sozialdemokratie in erster Reihe vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft aus beurteilt und danach die Heilmittel, die gefunden werden müssen, wenn uns nicht binnen kurzem der Atem ganz und gar ausgehen soll, bestimmt wissen. Die Ansicht, daß mit der Sozialdemokratie in diesen schweren Zeitläuften keine erfolgreiche Handels- und keine erträgliche Wirtschaftspolitik getrieben werden könne, hatte den Führer der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Stresemann, vor Jahr und Tag zum Zusammenschluß mit den Deutschnationalen wesentlich mit veranlaßt. Wahrscheinlich wird diese Ansicht auch heute noch bestehen. Die Sozialdemokraten aber wollen gerade von einer Umkehr in diesen grundlegenden Dingen ihre weiteren Entschließungen abhängig machen. Sie sehen — und das leider nicht ohne Begründung — eine rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit voraus mit Verschärfungen der Absatzkrise, mit immer neuen Hemmungen und Erschwerungen des gesamten Wirtschaftslebens, und wollen deshalb den Nachbarparteien, die im Fall einer Koalitionsbildung für sie in Betracht kommen, die Bereitschaft zu einer ausgesprochenen Linksschwenkung gegenüber dem Finanz- und Steuerkurs der letzten Monate abringen. Locarno wird sich durchsetzen, soviel darf man jetzt wohl schon als sicher voraussagen. Aber was nachfolgt, wird sich, für Deutschland wenigstens, in der Hauptsache nicht so sehr auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abspielen. Wir werden neue schwere Erschütterungen unseres innerpolitischen Lebens zu überwinden haben.

In Frankreich ist die öffentliche Meinung und das allgemeine Interesse der Nation ungleich weniger von Locarno beherrscht. Kaum, daß man in Paris noch von den Verhandlungen am Lago Maggiore und ihrem vor der feierlichen Unterzeichnung stehenden Ergebnis spricht. Hier dreht sich aller Eifer, alle Leidenschaft, alle Zwietracht unter den Parteien um die vielen Finanz- und Steuerpläne, mit denen man der außerordentlich ernsten Lage der Staatsfinanzen beizukommen versucht. Und auch hier klafft der gleiche Abgrund zwischen den bürgerlichen Mittel- und Linksparteien auf der einen und den Sozialisten auf der anderen Seite, den man bei uns in Deutschland schon so oft zu überbrücken versucht hat. Am liebsten möchte der französische Sozialismus für sich allein die ganze Staatsmacht in Anspruch nehmen, trotzdem unschwer vorauszusehen wäre, daß, wenn überhaupt davon ernsthaft die Rede sein könnte, die so gewonnene Herrlichkeit sich binnen kürzester Frist wieder in nichts auflösen müßte. Aber für die französische Republik scheint, ihrer ganzen Lage nach zu urteilen, ein Moment von wirklich historischer Bedeutung angebrochen zu sein. Kein Wunder, daß der viel umschmeichelte Sozialismus den Augenblick gekommen glaubt, da für ihn die Parole einzig und allein lauten durfe: Alles oder nichts! Der Sozialismus möchte, in Deutschland wie in Frankreich, zu neuen entscheidenden Schlägen gegen die alte Gesellschaft ausholen, nachdem, wie er glaubt, die Außenpolitik endgültig in seinem Sinne entschieden ist. Ob wirklich schon jede Enttäuschung auf diesem Gebiet für immer ausgeschlossen ist?

Dr. Sy.

Das Locarnogesetz vom Reichstag angenommen.

291 Stimmen für Locarno.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde § 1 des Locarnogesetzes, den Vertrag betreffend, im Reichstag mit 300 Jastimmen gegen 174 Neinstimmen angenommen. Ablehnung fand der deutschnationale Zusatzantrag, den Eintritt in den Völkerbund durch ein besonderes Gesetz zu erklären, mit 284 Nein- gegen 183 Jastimmen. § 2 des Locarnogesetzes, Eintritt in den Völkerbund, fand Annahme mit 278 Ja- gegen 183 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen. In der Schlußabstimmung wurde das ganze Gesetz, nachdem § 3 durch einfache Abstimmung genehmigt war, mit 291 Ja- gegen 174 Neinstimmen angenommen bei 178 Stimmen.

*

Dritte Lesung des Locarnogesetzes.

(127. Sitzung.) CB. Berlin, 27. November.

Bevor sich der Reichstag in seiner heutigen Sitzung der dritten Lesung des Locarnogesetzes zuwandte, wurde auf Antrag des Ausschusses für die Rechtsverhältnisse der Reichsbahn zunächst beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß der Personalabbau bei ihr für beendet erklärt werde.

Die dritte Lesung der Locarnovorlage leitete dann der Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) ein, der versicherte, in der sozialdemokratischen Fraktion bestände über die grundsätzliche Notwendigkeit der Zustimmung zu den Locarnoverträgen und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund volle Einmütigkeit. Zu Jubelhymnen wäre freilich erst Veranlassung, wenn das Ziel erreicht sei, zu dem Locarno den Weg freigemacht habe. Nach dem Locarnovertrag bestehe theoretisch immer noch die

Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung.

Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit liege in der Tatsache, daß auch nach Locarno keine volle Gleichberechtigung zwischen Deutschland und seinen Vertragsgegnern bestehe. Während Deutschland völlig entwaffnet sei, starrten die anderen Nationen in Waffen. Nachdem durch den Locarnovertrag die Sicherheit Frankreichs garantiert sei, werde es auf die Dauer unmöglich sein, die weitere Besetzung irgendeines Teiles des deutschen Gebietes zu begründen. Der Entschließung der Mittelparteien, die eine Erweiterung der Rückwirkungen verlangen, würde die Sozialdemokratie zustimmen. Wenn die Deutschnationalen die nationale Gesinnung der Anhänger von Locarno anzweifelten, so übersähen sie, daß auch der Reichspräsident zu diesen Anhängern gehöre. Das Mißtrauensvotum gegen eine zum Rücktritt bereite Regierung sei eine lächerliche Kinderei, die sie nicht mitmache.

Abg. Dr. Zapf (D. Vp.) fragte, warum die Deutsche Volkspartei eine für richtig gehaltene Politik nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratie machen solle, wenn die unglückliche Politik der Deutschnationalen einen anderen Weg nicht läßt. Wie der Redner ausführte, sähe England heute ein, welchen

Fehler in Versailles

es mit der Entwaffnung Deutschlands gemacht habe. Es sei jetzt Garant für Deutschlands Sicherheit und es sei sehr wohl möglich, daß eines Tages die englische Flotte in Aktion zu treten habe für die Freiheit des Deutschen Reiches.

Abg. Frau Zetkin (Komm.) nahm dann, nach ihrem zweijährigen Aufenthalt in Moskau, zum ersten Male wieder im Reichstage das Wort. Sie wurde von einem jüngeren Kommunisten gestützt und zur Rednertribüne hinaufgeführt. In ihrer Rede wandte sie sich zunächst gegen die Sozialdemokratie, die nicht mehr als Partei des geschlossenen proletarischen Kampfes gelten könne. Der Locarnovertrag brächte nicht die Revision, sondern nach dem Zugeständnis der Gegner die Stabilisierung des Versailler Vertrages.

Abg. Fehr (Wirtsch. Vgg.) erklärte, daß angesichts der unzureichenden Rückwirkungen und der Unsicherheit über die Zusammensetzung der künftigen Regierung die Wirtschaftspartei die Vorlage ablehnen werde. Während die Deutschhannoversche Partei und der Bayerische Bauernbund mit Rücksicht auf die Folgen eines Scheiterns des Vertragswerkes der Vorlage zustimmen würden. Bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge werde sich die Wirtschaftliche Vereinigung der Stimme enthalten.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) führte aus, daß trotz der wenig befriedigenden bisherigen Rückwirkungen und trotz mancher schweren Bedenken seine Partei aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen dem Locarnovertrag zustimme. Der Redner warnte schließlich vor übertriebenen Hoffnungen und forderte die Regierung auf, vor dem Eintritt in den Völkerbund auf eine Erweiterung der Rückwirkungen hinzuwirken.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Staatssekretär Zweigert gab im Namen der Regierung eine Erklärung ab, daß für die Beurteilung, ob die Abmachungen von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Zustimmung des Reichstages mit verfassungsändernder Mehrheit bedürfen, die Vorschriften des Art. 45 der Reichsverfassung in Betracht kämen. Danach erfolgten Kriegserklärungen und Friedensschluß durch Reichsgesetz. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Dafür genügt grundsätzlich die einfache Mehrheit. Eine qualifizierte Mehrheit wäre nur erforderlich, wenn der Vertrag oder das Bündnis Bestimmungen enthalten, die der Reichsverfassung zuwiderlaufen. Nach Ansicht der Reichsregierung enthalten weder die Abmachungen von Locarno noch die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund eine Verfassungsänderung.

Abg. von Graefe (Völk.) meinte, Locarno sei nur die Fortsetzung jener Illusionspolitik, die begonnen habe mit der Friedensresolution, die fortgesetzt worden sei mit dem Hereinfall auf die 14 Punkte Wilsons und die auch nach dem Kriege immer weiter begangen sei. Die Ursache der Illusionen und Enttäuschungen sei eine Kette von Unaufrichtigkeiten der Regierung bei der Information des Volkes und des Parlaments. Auch bei den Locarnoverhandlungen wäre die Information durch die Regierung ein Meisterstück der Täuschungen und Verschleierungen.

Nach einer Erklärung des Abg. Graf Westarp (Dtn.), worin er noch einmal den ablehnenden Standpunkt seiner Partei darlegte, ging man zu den Abstimmungen über.

Die Abstimmungen.

Der erste Paragraph der Vorlage, der die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Locarnoabkommens gibt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 300 Stimmen gegen 174 Stimmen angenommen.

Auch über den deutschnationalen Zusatzantrag, daß der Eintritt in den Völkerbund nur auf ein besonderes Gesetz hin erfolgen dürfe, wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 284 gegen 183 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der § 2 selbst, der der Regierung die Bestimmung des Zeitpunktes des Eintritts in den Völkerbund überläßt, wurde mit 278 gegen 183 Stimmen und 6 Stimmenthalungen angenommen.

In der Schlußabstimmung wurde dann das ganze Gesetz endgültig mit 291 gegen 174 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Für das Gesetz haben gestimmt die Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Bayerischer Bauernbund, Deutschhannoveraner. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, Kommunisten, die beiden völkischen Gruppen und die Wirtschaftspartei.

Präsident Löbe stellte fest, daß die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht sei.

Die Entschließung der Bayerischen Volkspartei zur Völkerbundfrage wurde abgelehnt.

Angenommen wurde die vom Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten beantragte Entschließung, die Reichsregierung aufzufordern, mit allen Kräften bemüht zu sein, bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine im Sinne des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Erweiterung der sogenannten Rückwirkungen zu sichern.

Von den Volkischen und Kommunisten lagen Anträge vor, die Verkündung des Gesetzes auf zwei Monate auszusetzen. Solche Anträge sind angenommen, wenn sie von einem Drittel der Abgeordneten unterstützt würden. Die Auszählung ergab jedoch, daß nur 61 Abgeordnete dafür gestimmt haben, das zur Annahme erforderliche Drittel also nicht vorhanden war. Gegen die Anträge hatten 308 Abgeordnete gestimmt.

Die 109 deutschnationalen Abgeordneten hatten sich der Stimme enthalten. Die Mitteilung dieser Stimmenthaltung wurde von den Kommunisten mit lauten Schmährufen gegen die Deutschnationalen beantwortet.

Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Völkischen wurden in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag wurde mit 285 gegen 121 Stimmen bei 61 Stimmenthaltungen, darunter alle Kommunisten abgelehnt. Dafür hatten nur die Deutschnationalen und Völkischen gestimmt.

Damit war die Locarno-Vorlage endgültig erledigt und das Haus vertagte sich auf Dienstag.

Neue Wohnungen für Besetzungstruppen

Die Umgruppierung der französischen Besetzungsarmeen.

Der Generalstab der französischen Besetzungstruppen am Rhein hat, wie Havas aus Mainz meldet, die durch die Räumung der Kölner Zone und die Besetzung Wiesbadens durch die englischen Truppen notwendig gewordenen Umgruppierungen so gut wie beendet. Die Besetzungsstreitkräfte werden künftig aus drei Armeekorps, sechs Divisionen, darunter einer Kavalleriedivision, bestehen. Die Truppen, die in Wiesbaden gestanden hatten, werden nach Mainz verlegt werden als Ersatz für die 42. Division, die als Verstärkung nach Mainz verlegt worden war und die ebenso wie die 5. und 6. Kürassiere nunmehr nach Frankreich zurückkehren. Der Generalstab des 30. Armeekorps wird nach Koblenz verlegt. Dieser Nachricht fügt Havas hinzu, daß die Umgruppierung der Truppen die Lasten der Besetzung nicht vermehre, sondern im Gegenteil in gewissem Maße die Truppenstärke vermindere.

Gegenüber dieser Nachricht teilte der Oberbürgermeister von Koblenz der dortigen Stadtverordnetenversammlung mit, daß von der Stadt Koblenz 150 Wohnungen für das Generalkommando und neue Truppenabteilungen beschlag

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF